

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	13. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2019/013)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 24.09.2019
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:35 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas

Pomberg, Winfried

Kreuziger, Petra

Große-Schwiep, Josef

Terhalle, Josef

Benölken, Franz

Rudde, Christian

Hackfort, Bernhard

Vöcking, Stefan

Vertretung für Herrn Manfred Verweyen

Vertretung für Herrn Klaus Hemsing

SPD

Dönnebrink, Andreas

Lambers, Klaus

Herickhoff, Hermann Josef

UWG

Ruwe, Felix

Heijnk, Annegret

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

Vertretung für Herrn Klaus Löhring

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Leuker, Werner

Beckmann, Georg

Honekamp, Dirk

Rose, Norbert

Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Hemsing, Klaus

Verweyen, Manfred

SPD

Fischer, Mathilde

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 04.06.2019
- 2 Sachstandsbericht zu den Umsetzungen der Anträge aus den Haupt- und Finanzausschusssitzungen zu den Haushaltsberatungen am 23.01.2019 und 07.02.2019
- 3 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr
- 4 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 04.06.2019

Die Niederschrift über die 12. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 04.06.2019 wird anerkannt.

2 Sachstandsbericht zu den Umsetzungen der Anträge aus den Haupt- und Finanzausschusssitzungen zu den Haushaltsberatungen am 23.01.2019 und 07.02.2019

V/2019/1269

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass die Verwaltung eine Übersicht erstellt habe, in der die beschlossenen Anträge zu den Haushaltsberatungen 2019 aufgeführt seien. Hier sei auch der Bearbeitungsstand für alle Maßnahmen aufgenommen worden.

Herr Horst (FDP-Fraktion) erläutert, dass der von der FDP-Fraktion vorgebrachte Antrag zur Steigerung der Attraktivität des Parkplatzes am Stadtpark von der Verwaltung wohl anders verstanden worden sei, als dieser gemeint war. Ihm sei es darum gegangen, dass es für Schülerinnen und Schüler sowie den Eltern z.B. aus Wessum oder Graes darum gehen müsse, dass der Parkplatz als gute Ein- und Aussteigemöglichkeit gesehen werde, um von dort zu Fuß zur Schule zu gehen oder andere Mobilitätsvarianten zu nutzen. Er erwarte hier seitens der Verwaltung neue Vorschläge zur Umsetzung der Mobilität an dieser Stelle.

Beigeordneter Beckmann antwortet, dass nach Einschätzung der Verwaltung auch mit kreativen Ideen zur Umgestaltung oder Steigerung der Attraktivität des Parkplatzes die Kinder von ihren Eltern dennoch direkt bis zum Eingang der Schule gebracht würden. Er habe den Arbeitsauftrag aber verstanden und würde ihn erneut mit in die Überlegungen nehmen.

Herr Eisele (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) weist auf die für den Bahnhofsbereich beantragte Mobilitätsstation hin. Wie den Ausführungen zu entnehmen sei, würde lediglich auf

Fahrräder an dieser Stelle abgestellt. Er wolle wissen, ob auch weitere Verkehrsmittel neben dem Fahrrad eine Einbindung fänden.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass das Aufstellen und Installieren der Fahrradbox nur der erste Schritt sei. Es folge im Weiteren auch die Integration von E-Autos. Hier wolle man aber noch die Erfahrungen aus dem E-Car-Sharing-Projekt der LEADER-Region sammeln und auswerten. Wichtig sei, dass künftig alle Fahrzeuge über eine App buchbar seien, um die Verbindung sämtlicher Fortbewegungsmöglichkeiten zu schaffen.

Beigeordneter Beckmann ergänzt, dass im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr am 19.09.2019 vier verschiedene Konzepte zur Umgestaltung des Bahnhofsumfelds vorgestellt worden seien. Auch hier könne man erkennen, dass der Ausbau von Mobilitätsangeboten angestrebt werde. Zunächst sollten nun die weiteren Diskussionen in den Fraktionen stattfinden. Die Präsentationsunterlagen würden den Fraktionsvorsitzenden vorliegen.

Herr Vorkamp stellt fest, dass das Thema E-Mobilität in allen vorgestellten Konzepten für das Bahnhofsumfeld unterrepräsentiert sei.

Herr Kersting fragt zum Baumpflanzprogramm, ob das Budget von 50.000 € für das Pflanzen vor allem von markanten Bäumen im Hinblick auf die diesjährige Trockenheit ausreiche.

Beigeordneter Beckmann sagt, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt am 12.11.2019 über die Baumpflanzung berichtet werde. Tatsächlich sei es augenblicklich schwierig, passende Bäume für die aktuelle Klima-/Wetterlage zu finden. Hier müsse auf jeden Fall ein Umdenken bei der Auswahl der Bäume stattfinden.

Herr Dönnebrink lenkt das Augenmerk auf die von der SPD-Fraktion beantragte Einführung einer Bürger-App. Das Ergebnis der Prüfung durch die Verwaltung reiche ihm nicht. Der Haupt- und Finanzausschuss habe keinen Prüfauftrag beschlossen, sondern die direkte Umsetzung.

Bürgermeisterin Voß weist auf die Niederschrift der Sitzung hin, in der festgehalten worden sei, dass die Verwaltung zunächst prüfen solle. Das sei geschehen und man sei unter Abwägung zahlreicher Aspekte zu dem Ergebnis gekommen, dass eine zusätzliche App keinen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bringe.

Nach weiteren Diskussionen, ob es sich im Ergebnis um einen Prüfantrag an die Verwaltung gehandelt habe oder ob die Umsetzung direkt entschieden worden sei, beantragt Herr Dönnebrink nochmals über die Einführung einer Bürger-App zu entscheiden.

Bürgermeisterin Voß lässt über die erneute Entscheidung über den Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung entscheiden.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Antrag der SPD-Fraktion zur Einführung einer Bürger-App wird zur erneuten Beratung und Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

- 18 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimme

3 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

Erster Beigeordneter Althoff begrüßt von der Feuer- und Rettungswache den stellvertretenden Leiter, Herrn Honekamp, der über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Feuerwehr berichten werde.

Herr Eisele beantragt die Anfertigung eines Wortprotokolls zu den Erläuterungen von Herrn Honekamp, da ihm an dieser Stelle eine schriftliche Beratungsvorlage fehle.

Herr Honekamp zur Raumsituation an der Feuer- und Rettungswache:

"Zunächst möchte ich auf die angedachte Containerlösung am Standort der Feuer- und Rettungswache eingehen: Die Wache am Adenauerring ist ursprünglich als reine Rettungswache mit einem RTW, einem Notarzt und einem Krankenwagen geplant worden. Auch der Löschzug Ahaus war deutlich kleiner, die Jugendfeuerwehr gab es noch nicht. Die Anforderungen an den Rettungsdienst, aber auch an die Vorhaltung des Brandschutzpersonals, sind deutlich gestiegen. Die Jugendfeuerwehr wurde gegründet, der Löschzug Ahaus hat sich vergrößert.

Um den akuten Platzmangel vorübergehend zu kompensieren soll die Container-Anlage errichtet werden.

Dort werden folgende Räumlichkeiten vorgesehen:

- Büro für die Leitung der Jugendfeuerwehr
- Büro für den Löschzugführer
- Kleiderkammer
- Aufenthaltsraum, da der vorhandenen nicht ausreicht
- Raum für den Sachgebietsleiter Rettungsdienst
- Raum für den Sachgebietsleiter Information und Kommunikationstechnik
- Elektrowerkstatt
- Praxisanleiter -> Der Ausbildungsleiter für die Auszubildenden im RD
- Abt. Ausbildung
- Büro für die Einsatzplanung / Einsatzvorbereitung
- weitere Ruheräume (6)
- Geräteprüfung
- Raum für den Hauptwachführer vom Dienst."

Herr Horst möchte wissen, über welche Größe von Containern man nachdenke und für welchen Zeitraum diese angemietet würden.

Erster Beigeordneter Althoff weist darauf hin, dass die Container lediglich für einen Übergangszeitraum vorgesehen seien, bis eine Lösung zur Raumsituation an der Feuer- und Rettungswache geschaffen worden sei. Dies sei im Brandschutzbedarfsplan bereits so festgestellt worden. Aktuell werde der erforderliche räumliche Bedarf der Wache und des Baubetriebshofs gutachterlich untersucht. Die Ergebnisse würden, sobald sie vorlägen, im politischen Raum vorgestellt.

Der Leiter des Fachbereichs Immobilienwirtschaft, Herr Rose, ergänzt, dass der an der Feuer- und Rettungswache derzeit befindliche Altcontainer zum Baubetriebshof versetzt werde, da auch dort zusätzlicher Raum benötigt werde. Der für die Feuerwehr vorgesehene Container umfasse insgesamt eine Fläche von gut 300 qm.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass die Übergangszeit nicht in Jahren oder Monaten exakt zu beziffern sei. Es hänge stark von den Ergebnissen des Beratungsunternehmens ab, wie es weitergehe. Die anzuschaffenden Container würden aber nicht als Bestandteil einer

finalen Lösung gesehen, so dass sie nach der Übergangszeit keine Verwendung an der Wache mehr hätten.

Herr Horst verweist auf den Bau der Feuer- und Rettungswache in Stadtlohn. Dort habe es sechs Jahre gedauert, von den ersten Planungen bis zur Einweihung. Somit könne man für Ahaus ebenfalls von einem Zeitfenster von voraussichtlich vier bis sechs Jahren rechnen.

Herr Honekamp berichtet im Folgenden über die Personalentwicklung an der Feuer- und Rettungswache:

"Der Personalaufbau erfolgt fortlaufend entsprechend der beschlossenen Brandschutzbedarfsplanung. Die Einstellungen von Brandmeisteranwärtern erfolgt entsprechend der verfügbaren Ausbildungsmöglichkeiten jeweils zu 01.04. und 01.10. eines Jahres. Zum 01.10.2019 und zum 01.04.2020 beginnt die Ausbildung für jeweils 3 Brandmeisteranwärter. Zurzeit befinden sich 10 Brandmeisteranwärter und 3 Auszubildenden zum Notfallsanitäter in der Ausbildung. Für das Jahr 2020 ist ein Einstellungsverfahren zur Einstellungen 01.10.2020 und 01.04.2021 vorgesehen.

Zurzeit haben wir noch ausreichend, geeignete Bewerber, insbesondere aus der Umgebung. 89% der eingestellten Bewerber der letzten Jahre kommen aus den Reihen der Freiwilligen Feuerwehr und ca. 90% der Auszubildenden im Brandschutz stammen aus der Umgebung in einem Radius von ca. 15 km um Ahaus. Die demographische Entwicklung und die planmäßige Ruhestandsentwicklung finden Berücksichtigung und der erforderliche Personalaufbau gem. Brandschutzbedarfsplan wird, wie erwartet und bereits erläutert, einige Jahre in Anspruch nehmen.

Herr Rudde verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2018, mit dem die Fraktion gefordert habe, freiwillige Kräfte für Tätigkeiten im hauptamtlichen Bereich einzusetzen, um weniger Personal in Summe einstellen zu müssen.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass es mehrere Gespräche mit der Bezirksregierung gegeben habe, in denen von dort rechtliche Bedenken, sowohl aus arbeitsrechtlicher, als auch aus versicherungstechnischer Sicht, geäußert worden seien. Dies sei aber nachfolgend von der Aufsichtsbehörde nicht schriftlich fixiert worden.

Herr Honekamp betont, dass die Einbindung von ehrenamtlichen Kräften im Brandschutz sehr stark erfolge. Man müsse wissen, dass die hauptamtlichen Kräfte in diesem Bereich die Ehrenamtlichen unterstützten und nicht umgekehrt.

Anschließend führt er zum Fahrzeugkonzept, welches Bestandteil des Brandschutzbedarfsplans sei, Folgendes aus:

"Aktuell befinden sich in der Beschaffung:

- zwei Mannschaftstransportwagen für den Löschzug Wüllen und den Löschzug Ahaus
- ein Einsatzleitwagen (ELW) für die Feuerwehr Ahaus (stationiert in Ahaus)
- ein Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug für den Löschzug Wessum
- ein Abrollbehälter u.a. zum Löschen von Elektrofahrzeugen für die Feuerwehr Ahaus

Darüber hinaus wird eine alarmgesteuerte Navigation in den Fahrzeugen zur schnellstmöglichen Anfahrt installiert.

Um die einheitliche Schutzausrüstung in diesem Jahr komplettieren zu können, werden weitere

- Schutzhelme
- Schutzjacken und
- Schutzhosen

angeschafft."

4 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Vorkamp fragt nach den in der Münsterland Zeitung veröffentlichten Zahlen zum städtischen Haushalt und möchte wissen, wer diese an die Presse geliefert habe

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass es sich um eine Anfrage der Münsterland Zeitung zur Verschuldung gehandelt habe. Die entsprechenden Zahlen seien zusammen getragen und an die Presse wie gewünscht geliefert worden. Den Vergleich mit der Stadt Borken habe die Stadtverwaltung nicht zu verantworten.

gez. Karola Voß
Vorsitzende

gez. Doris Zevenbergen
Schriftführerin